

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer 25 241
Nur für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Berlin bei halbjährlicher Lieferung oder durch die Post bei halbjährlichem Versand monatlich 30,- M., vierteljährlich 60,- M.
Die halbjährliche 2 mm breite Zeile 7,- M., außerhalb Sachsens 8,- M. Familien-
anzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, sonstige An- und Ver-
kauf die Zeile 5,- M. Morgenspähle laut Tarif. Auswärtige Zusätze gegen
Vorauszahlung. Einzelnummer 1,50 M., Sonntagsausgabe 2,- M.

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Neff & Reichardt in Dresden.
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Deutschlands angebliche Kriegsrüstungen.

Eine wilde Sekrede André Lefèvre.

Paris, 22. Juni. Die Kammer setzte heute die Beratungen über das Militärgesetz fort. Es liegt ein Antrag von André Lefèvre vor, pro-
visorisch die zweijährige Dienstzeit beizubehalten. Der Antragsteller begründet seinen Antrag und sagt:

Die Regierung habe das Versprechen gegeben, den Versailles Vertrag zur Anwendung zu bringen. Man bestünde sich seinem verkleinerten und ruinierten Deutschland gegenüber. Am Tage nach dem Waffenstillstand habe es keine Ausfuhr wieder aufgenommen. Deutschland sei besiegt, aber Frankreich müsse finanziell die Reparationskosten vor-
schließen. Die deutschen Finanziers schickten ihren Marktspekulanten nach dem Auslande, Deutschland sei ruiniert, aber in Hamburg laufe jeden Tag ein Schiff vom Stapel, und die deutschen Fabriken seien mit Aufträgen überhäuft. Lefèvre wendet sich dagegen, daß er irgend-
ein Dokument eines Anspruchs, also irgendeines Ver-
trägers, verwendet habe. Er garantiert dafür, daß seine Dokumente echt seien. Der deutsche Staat sei ruiniert, aber die privaten Personen bereichern sich, weil der Staat von ihnen keine Steuern verlange. (1) Nur, die Fremden müßten in Deutschland bezahlen. Deutschland gehe also dem Bankrott entgegen, indem es sich bereichere.

Während dieser Zeit richte es seine Bewaffnung wieder auf, indem es zuerst sein Menschenmaterial und dann das andere Material vorbereite.

Noch niemals habe Deutschland so viel Kupfer gekauft wie jetzt, nämlich 250 000 Tonnen. Man habe also keine Entwaffnung Deutschlands

vor sich. Er wolle die Arbeiten der Mission Rossetts nicht beherzigen, müsse aber bemerken, daß die Zerstörung der Waffen sehr oft ihre Wiederherstellung gestatte. Die Mission Rossetts umfasse 400 Mitglieder; diese seien unfähig, 1700 Waffendepots zu kontrollieren.

Die deutschen Studenten ließen sich mit Vergnügen für die Reichswehr anwerben. Eine umfassende Kontrolle sei unmöglich. Ein englischer Offizier namens Morgan habe festgestellt, daß von den 100 000 Soldaten 74 000 Unteroffiziere seien. Die restlichen 26 000 seien das nicht, vielmehr aber Offiziere. (Zurück des effizienten Ab-
geordneten Simonin: Alle Welt in Deutschland bereitet sich auf die Revanche und den Krieg vor!) Lefèvre behauptet fortwährend: Unter dem Vorwand der Pensionzahlungen arbeiteten die Rekrutierungsbüros weiter. Er bespricht sodann

die Zusammenlegung des deutschen Offizierkorps und behauptet, die alliierten Kontrollkommissionen würden an-
gegriffen. Er weist dabei auf einen Zwischenfall in Bayern hin. — Der Kriegsminister Maginot verließ nunmehr ein Schreiben, das die Kontrollkommission an die deutsche Regierung gerichtet habe. — Lefèvre, der wiederum das Wort ergreift, sagt weiter: Wer den Schlachtruf: Poinecaré est la guerre ausstöße, sage seinem Lande ein großes Mißge-
schick zu. (Die Sozialisten und Kommunisten wider-
sprechen diesen Ausführungen. Der Sozialist Miral ruf: Diese Politik führt zum Kriege!) Im weiteren Verlaufe seiner Rede verbreitet sich Lefèvre über

die deutsche Polizei,

die er besonders gut organisiert nennt. Wenn man näher zusehe, so erkenne man, daß dort Kurse zur Aus-

bildung von Offizieren abgehalten würden, die befähigt wer-
den sollen, in den Großen Generalstab einzutreten. Be-
weise dafür, daß besondere Kadernäherungen stattfänden, seien
vorhanden. Überall in Deutschland werde die Jugend vor-
bereitet. Eine Aufforderung zum Eintritt in eine derartige
Jugendorganisation sei von Gellum v. Gerlach, einem
deutschen Pazifisten, veröffentlicht worden. In dieser Auf-
forderung würden für den Sommer Wanderver mit Waffen
angezeigt. Man dürfe nicht die Heberzeugung haben, daß
nanz Deutschland sich bewaffnet und sich nach seiner
alten Methode zum Kriege vorbereite?

Eine einsige Gesellschaft, die sich Friedrich
Barbarossa nenne, habe 3 Millionen Mitglieder. Eine
weitere Beunruhigung findet Lefèvre darin, daß Deutsch-
land rasch sein Kriegsmaterial wieder be-
schaffen könne. Seine Fabriken seien unverehrt und
bereit, für den Krieg zu arbeiten. Außerdem erleichtere

das wirtschaftliche Abkommen mit Rußland
den Wiederaufbau Deutschlands. Deutsche Ingenieure seien
in Rußland und leiteten die Waffenfabriken. 60 Millionen
Menschen eines Volkes, das eine große Lebenskraft, eine
große Geburtenziffer und eine Energie habe, die man an-
erkennen müsse, länden Frankreich gegenüber. Lefèvre
stellt dann die Behauptung auf, Deutschland habe
45 Milliarden Gold im Auslande versteckt. Frankreich
könne ohne die Reparationen nicht leben. Schließlich
rechtfertigte Lefèvre sein Amendement, indem
er behauptete, die Dienstzeit von 24 Monaten werde es
Frankreich gestatten, wenn Deutschland sich
schlagen wolle, es zu zwingen, sich im Ruhrgebiet und
in Westfalen zu schlagen. Der Krieg von 1914 habe gelehrt,
daß die Gebiete, auf denen man Schlachten schlage,
verwüstet würden. Mit der Dienstzeit von 24 Monaten könne
man Pländer nehmen. Lefèvre beschwört die Kammer,
schließlich Frankreich nicht um die Früchte seines Sieges zu
bringen.

Hierauf spricht der Generalberichterstatter für das
Militärgesetz, Fabry. Er weist darauf hin, daß Frankreich
einen Triumph dadurch in der Hand habe, daß es am
Morgen treue. Das dürfe man nicht verkennen. Kriegs-
minister Maginot spricht alsdann dafür, das
Amendement Lefèvres abzulehnen. Die Regierung habe
gegläubt, daß sie nicht das Recht habe, die jungen Leute
einen Tag länger als notwendig für die wirtschaft-
lichen Tätigkeiten des Landes zu entziehen. Die Dienstzeit
von 18 Monaten entspreche den Anforderungen der nation-
alen Verteidigung. Nach einer kurzen Erwiderung des
Abg. Lefèvre wird sein Amendement mit 551 gegen 9 Stim-
men abgelehnt. Hierauf verlegt das Haus die Weiter-
beratung auf nächsten Dienstag. (W. T. B.)

Der angeblich geplante „reaktionäre“ Staatsstreich in Deutschland.

London, 22. Juni. Im Unterhause fragte Wedgwood
an, ob der Premierminister über Mitteilungen oder In-
formationen bezüglich eines möglicherweise bevorstehenden
reaktionären oder monarchistischen Staatsstreichs
in Deutschland verfüge und ob er erklären könne, daß
die alliierten und assoziierten Mächte jede Wiedererhebung
des Hauses Hohenzollern oder Wittelsbach als unfreund-
liches Akt ansehen würden. Darnach erwiderte, daß
unbefugte Gerüchte von Zeit zu Zeit der Regierung zur
Kenntnis kämen; sie verfüge jedoch über keine genauen In-
formationen. (W. T. B.)

Eine französische Kaserne gegenüber dem Niederwalddenkmal.

Berlin, 22. Juni. Wie der „Dtsch. Anz.“ berichtet
wird, ist in Bingen a. Rh. der Neubau einer Kaserne
für die französische Garnison im früheren Bau fertiggestellt.
Die deutschen Stellen hatten sich mit allen Mitteln gegen das
Verlangen der Besatzung gewehrt, daß die Kaserne unmittel-
bar an den Rhein zu liegen komme. Die Franzosen er-
zwangen aber schließlich den Platz am Rhein mit der Aus-
sicht, daß somit in erhöhtem Maße Bürgerquartiere
und Hotels beschlagnahmt würden. Damit haben die Fran-
zosen erreicht, daß die Kaserne gegenüber dem Natio-
valdenkmal auf dem Niederwalde steht.

Der preußische Ministerpräsident über die Schuldlüge.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 22. Juni. Im preußischen Landtage erklärte der
sozialdemokratische Ministerpräsident Brauns in der Er-
widerung auf eine deutschnationale Interpellation über die
Schuld am Weltkrieg u. a.: Die Lüge über die Alltags-
schuld Deutschlands am Kriege ist verhängnisvoll, weil aus ihr
die moralische Berechtigung hergeleitet wird zu unerhörten
Belastungen und Verdrückungen des deutschen Volkes.
Diese Schuldlüge muß vernichtet werden.

Man muß sich bei dem Kampf gegen die Schuldlüge auf das
tatsächlich zu Beweise bringende beschränken. Dann werden wir
auch im Deutschen Reich eine geschlossene Front zusammen-
bringen und zum Erfolg wesentlich beitragen. Die wich-
tigsten Kronzeugen gegen die Alltags-schuld Deutschlands sind
der englische und der frühere italienische Ministerpräsident.
Lord George erklärte am 23. Dezember 1920, alle Länder
seien mit Schuld, und Ritt erklärt in seinem Buche, daß
Deutschland nicht allein verantwortlich zu machen sei für den
Krieg, der Europa in einen Trümmerhaufen gesetzt habe.
Das sagen Staatsmänner, die an dem Versailler Vertrage
mitgewirkt haben. Das deutsche Volk leidet schwer in seiner
Wirtschaft unter diesem Vertrage. Die preußische Staats-
regierung werde daher bemüht sein, bei der Reichsregierung
darauf zu wirken, daß alles versucht werde, um die Schul-
lügen abzutragen, zu erschüttern und zu verwischen.

Ein neuer Kriegsbeschuldigten-Prozess.

Leipzig, 22. Juni. Am 28. Juni beginnt vor dem
2. Strafsenat des Reichsgerichts ein neuer Kriegs-
beschuldigten-Prozess. Angeklagt ist der Berliner
Arzt Dr. Viktor Michelfeld, der von Frankreich be-
schuldigt wird, als Leiter des Kasernens in Offen Ge-
fangenenmishandlungen geübt und den Tod
von Kriegs- und Zivilgefangenen verschuldet zu haben.
Der Angeklagte bestreitet jede Schuld. Für die Verhand-
lung sind 60 Zeugen geladen, darunter 40 Franzosen.

Die Schamlosigkeit der Linksparteien.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 22. Juni. Der preußische Staatsrat beschäftigte
sich heute mit der förmlichen Anfrage der Preussischen Ar-
beitsgemeinschaft an das Staatsministerium, ob es einen
Einfluß auf die Reichsregierung dahingehend geltend
machen wolle, daß durch den Reichsanwalt die gerichtlichen
Verhandlungen des Rechenbachprozesses
öffentlich bekanntgegeben und die Ergebnisse des Prozesses
bei den Verhandlungen mit der Entente ausgiebig
verwertet werden. Auf die Frage, ob die Regierung die
Anfrage beantworten wolle, geben die Vertreter der Rege-
rung keine Antwort. Als die Vertreter der nation-
alen Parteien nachwiesen, daß man nicht einmal von einer
Mitschuld Deutschlands am Kriege sprechen könne, wandten
sich die Vertreter der Linksparteien lebhaft dagegen, der
nationalistische Rummel solle nur angeklagt
werden. Mit solchen Anfragen beweihe der Staatsrat auch
nur, wie unnützig und überflüssig er sei.

Der kommende Zusammenbruch der Zwangszahlungen.

Berlin, 22. Juni. In einer Besprechung mit dem
Reichsanwalt hat der Reichsbankpräsident einer Berliner
Korrespondenz zufolge die Möglichkeit von Unter-
stützungszahlungen für den Markkurs ver-
neint. Sollte ein Marksturz eintreten, so sei nach seiner
Ansicht keine Möglichkeit gegeben, die bisherigen Finanz-
pläne durchzuführen. Es würden dann weder die Zwangs-
zahlungen an die Entente auf die Dauer geleistet werden
können, noch würde die Regierung in der Lage sein, ein
Finanzprogramm zur Bilanzierung des Reichshaushalts
durchzuführen.

Die slawische Gefahr.

Von Oberst a. D. Voethke.

Die Leser der „Dresdner Nachrichten“ haben es erfahren,
daß eine lebhaftere Agitation der Tschechen bei den Kaiser-
Wenden eingeleitet hat, und daß diese mehr und mehr ihr
slawisches Herz entdecken. Bei dieser Kunde wird so mancher
die Achseln gezuckt haben. „Die wenigen Tausend Wenden,
was bedeuten die! Wo soll da eine Gefahr sein?“ Dem
gegenüber behaupte ich: keine geringere Gefahr lauert hier,
als daß nach entsprechender Zeit unter schönem Dresden die
Hauptstadt eines tschechisch-wendischen Erblandes wird. Was
man sich in dieser Hinsicht als einen Schwärmer ansehen;
wer die Verhältnisse in den östlichen Grenzländern kennt
und die slawische Minderzahl gegenüber der deutschen nation-
alen Gleichgültigkeit erlebt hat, wird meine Warnung ernst
nehmen.

Das Land Krain war vor Jahrhunderten ein fern-
deutsches Land mit einigen slawischen Enklaven, genau wie
heute Sachsen. Da setzte die slawische Agitation ein, jeder
Slowene wurde ein zäher Kämpfer für die Sache seiner Rasse,
der Deutsche wollte keine Ruhe haben und gab Schritt für
Schritt nach. Allmählich, Schritt für Schritt, gewann so das
Slawentum an Boden, und heute ist Krain ein durchaus
slawisches Land mit wenigen deutschen Enklaven, die wohl
dem Untergange geweiht sind.

Um zu erfahren, wie das Slawentum kämpft und siegt,
braucht man nicht bis Krain zu gehen, das können uns
unsere polnischen Grenzlande erzählen. Niebismust singen
in den letzten Jahrzehnten vor dem Weltkrieg die Polen
vor und der Erfolg war immer auf ihrer Seite, weil sie fast
niemals auf kraftvollen Widerstand stießen, oft sogar in der
Torheit der Deutschen den besten Bundesgenossen hatten.
Wenn in einer der vielen Landstädte Posen ein deutscher
Kaufmann ein blühendes Geschäft betrieb, so setzten ihm die
Polen einen mit den nötigen Mitteln ausgestatteten polni-
schen Kaufmann zur Seite. Von demselben Augenblick an
tauchten die polnischen Einwohner nur noch bei diesem, und
die Deutschen, durch das Neue angezogen, auch, und der
deutsche Kaufmann konnte seinen Laden schließen.

In einem deutschkatholischen Dorfe, in dem kein Ein-
wohner ein polnisches Wort verstand, war der Lehrer ge-
storben. Die katholische, hier natürlich polnische Geistlich-
keit erlaubte der Gemeinde nicht, bei der Beerdigung
deutsche Lieder zu singen. Polnische mußten es sein, und
weil die Gemeinde solche tatsächlich nicht singen konnte,
so wurde ihr ein lateinisches gestattet. Was die Geistlichkeit
auf diesem Wege bei deutschen Katholiken erreichen konnte,
zeigte ja das Beispiel der hembergischen Familien, die bei
der Stadt Posen, die im Anfang des neunzehnten Jahrhun-
derts dort eingewandert waren. Alles haben diese Taten be-
wahrt, den Glauben, Sitten und Gebräuche, die Kleidung,
nur Sprache und Volkstum haben die Genden fortgeworfen,
wie ein paar abgetragene Stiefel. Sie sind seit Jahrzehnten
Stodpolen. Drei Generationen genügen oft zur Poloni-
sierung einer deutschen Einwandererfamilie. Die Eltern
sind deutsch und bleiben deutsch, die Kinder lernen berechtigt-
erweise neben der deutschen auch die polnische Sprache.
Und nun kommt's: die Kinder glauben nun halb Deutsche
halb Polen zu sein, weil sie ja beide Sprachen sprechen. Da-
gegen der Pole? Und wenn er auch noch so fließend deutsch
spricht, so wird er doch nie etwas anderes zu sein glauben
und sein wollen, als eben Pole! Daß die Kinder solcher
Halbpolen, sobald die deutschen Großeltern tot sind, leicht
ganz zum Polentum hinübergezogen werden können, liegt
auf der Hand, und die Erfahrung lehrt es.

Ein besonders wirksames Mittel bildeten die Mischehen.
War die Frau Polin, so wurde die Familie rettungslos
polnisch. Ich habe auf dem Gute eines preussischen Haupt-
manns a. D. gelegen, der eine Polin geheiratet hatte. Kein
deutsches Wort hörte man in dem Hause, nur er sprach mit
der Einquartierung deutsch. Frau und Tochter konnten nur
polnisch und französisch, oder behaupteten es wenigstens.
Die Klavier spielende Tochter besaß keinerlei deutsche Noten.

Und bei seiner unausgesprochenen, emphatischen Wählarbeit
wachte der Pole einen Kniff mit besonderem Geschick an-
zuwenden: er stellte sich als den Geknechteten, Unterdrückten
dar und schrieb über Germanisierung. Darauf ist der brave
Deutsche, vor allem der in liberalen Doktrinen eingepren-
nent, prompt hineingefallen, natürlich nicht in den Grenz-
provinzen selbst, aber schon in Berlin habe ich oft die
Germanisierungspolitik der Regierung tadeln hören. Wie
töricht ist das! Ich bin wiederholt in polnischen Dörfern ge-
wesen, in denen nicht ein deutsches Wort erklang, und in
denen man sich wie in Kindesland fühlte. Wenn der Pole
vor Gericht erklärte, nicht Deutsch zu verprechen, so wurde
ihm ein Dolmetscher gestellt. Es wurde also behördlich an-
erkannt, daß ein Einwohner des Deutschen Reiches die
deutsche Sprache nicht zu verstehen brauchte, und das, nach-
dem das Land ein volles Jahrhundert zu Preußen gehörte!
So sah die Germanisierung aus! In diesem Punkte habe
ich einen einwandfreien Zeugen. Im Aricae sagte ein
Gutsbesitzer tief im Polen zu mir: „Was haben Ihre
Polen denn zu klagen! Sie haben ja alle Recht.“ Unsere
Polen wären ja dumm gewesen, wenn sie der Wahrheit die
Ehre gegeben hätten! In den Landesstellen, die nun an das
von uns in unseliger Einnahme gegründete Königreich Polen
gefallen sind, braucht der Pole nicht mehr die bisherige wenn
auch sicher, so doch langsam wirkende Ministerarbeit zu
treiben. Da gibt es reichere Methoden, das Deutschland mit
Stumpf und Stiel auszurotten, und der Pole weiß sie zu
handhaben. Moralische Bedenken, wie sie dem Deutschen im
Verkehr mit anderen Rassen zur zweiten Natur geworden
sind, beschweren ihn nicht. Und wenn wir bereinst, und sei